

## N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
der Universitätsstadt Marburg  
am Freitag, 27. April 2012, 16:00 Uhr,  
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

### Anwesenheit:

<b>SPD:</b>	Backes, Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk
<b>CDU:</b>	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel, Vaupel
<b>GRÜNE:</b>	Busch, Floherschütz, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
<b>Marburger Linke:</b>	Adsan, Bauder-Wöhr, Schalauske
<b>FDP:</b>	Sawalies, Wüst
<b>MBL:</b>	Dr. Uchtmann
<b>BFM</b>	Suntheim-Pichler
<b>PIRATEN</b>	Klee

### Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel  
Bürgermeister Dr. Kahle  
Stadträtin Dr. Weinbach

### Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver  
Stadtrat Hertlein  
Stadträtin Laßmann  
Stadträtin Oppermann  
Stadtrat Rehlich  
Stadtrat Reinhard  
Stadträtin Schulze-Stampe  
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek  
Stadtrat Sprywald

### Es fehlten entschuldigt:

Stadtverordnete Dr. Baumann, Dorn, (B90/Die Grünen), Köster-Sollwedel, (Marburger Linke) Becker, (MBL), Ehrenamtlicher Stadtrat Stürmer

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:06 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. März 2012 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche aus dem Hause werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei dringliche Anträge vor, über die bereits in der Sitzung des Ältestenrates befunden wurde. Beide Anträge sollen einvernehmlich in die Tagesordnung aufgenommen werden. Es handelt sich um folgende Vorlagen:

**Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Schröcker Brunnen**  
**Vorlage: VO/1196/2012**

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr.**  
**Unterstützung Unterschriftensammlung „Gemeinsam für unser**  
**Klinikum“**  
**Vorlage: VO/1201/2012**

Die Anträge werden als **TOP 8.1 und 8.2** in die Tagesordnung aufgenommen. Sie liegen dieser Niederschrift als **Anlage** bei.

Weiterhin wurde im Ältestenrat vereinbart, dass der Stadtverordnetenvorsteher im Namen des gesamten Hauses angesichts der neusten Situation der Kliniken und der beabsichtigten Übernahme durch Fresenius eine Erklärung vorträgt. Dies wird nach der Fragestunde erfolgen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Tagesordnung, die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen und Aussprachen.

Somit gilt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

## zu 4 Fragestunde

---

### zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 1 04/2012)** **Vorlage: VO/1203/2012**

**Befindet sich das alte Unisportgelände in städtischem Besitz oder unter Obhut der städtischen Verwaltung und warum wurden dort Bäume gefällt und zu welchem Zweck wird es aktuell genutzt?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Wenn mit dem alten Unisportgelände die Sportflächen im Afföller gemeint sind, hat die Stadt eine im südlichen Abschnitt zur Fischtreppe hin liegende Teilfläche von ca. 90 ar zur Nutzung als Freizeitgelände gepachtet. Bäume wurden auf dieser Pachtfläche nicht gefällt.

Nach Auskunft der Universitätsverwaltung wurde im nördlich anschließenden Bereich des Afföllergeländes im Herbst vergangenen Jahres eine abgängige Eiche aus Sicherheitsgründen bis auf den Stamm zurückgeschnitten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

### zu 4.2 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 2 04/2012)** **Vorlage: VO/1204/2012**

**Sind dem Magistrat die Ergebnisse des Referendums „Deine Stimme für einen kostenlosen öffentlichen Transport“ vom 25.03.2012 in der estnischen Hauptstadt Tallin bekannt und welche Schlüsse lassen sich aus dem positiven Votum bei einem Volksentscheid für den hiesigen ÖPNV in der Universitätsstadt Marburg ziehen.**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der estnischen Hauptstadt ist durch ein Referendum entschieden worden, dass die Nutzung des ÖPNV für Bewohner der Hauptstadt kostenlos benutzbar ist. Zu klären ist allerdings noch, wie der dortige ÖPNV attraktiver gemacht werden kann und wie das zusätzliche Defizit des ÖPNV von ca. 20 Mio € über den jetzt schon defizitären städtischen Haushalt gedeckt werden kann.

Die kostenlosen ÖPNV-Angebote in den Städten Templin und Lübben sind vor geraumer Zeit wieder eingestellt worden, offenbar waren dabei die Gründe in der Defizitabdeckung zu suchen.

In der Universitätsstadt Marburg gelten derzeit die folgenden Rahmenbedingungen:

- Das hessische ÖPNV-Gesetz fordert eine zunehmende Nutzerfinanzierung.
- Das aktuelle PBefG schreibt die Erhebung eines Tarifes vor, da die Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr in der Regel durch Beförderungserlöse, Erträge aus gesetzlichen Ausgleichs- und

Erstattungsregelungen im Tarif- und Fahrplanbereich sowie sonstige Unternehmenserträge im handelsrechtlichen Sinne abzudecken sind.  
- Eine Defizitabdeckung in Höhe der aktuell erzielten Fahrgelder und Fahrgeldersatzleistungen durch die Stadt Marburg lässt die Situation des städtischen Haushaltes nicht zu.  
- Innerhalb eines Verkehrsverbundgebietes ist die kostenlose Beförderung in Teilbereichen nicht möglich.

Diese Rahmenbedingungen lassen nur den Schluss zu, dass ein kostenloser ÖPNV in Marburg aktuell weder gesetzlich noch haushaltstechnisch umsetzbar sein wird.

---

**zu 4.3      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 3    04/2012)  
Vorlage: VO/1217/2012**

**Sind dem Magistrat Pläne bekannt, an der Stadtautobahn (B3) Flüsterasphalt zu legen? Wenn ja, in welchem Bereich und wie soll das Vorhaben finanziert werden?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Hessen Mobil Standort Dillenburg plant eine Baumaßnahme zum Austausch der Deck- und Binderschicht auf der B 3 im Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Marburg Mitte und dem Beginn der Hochstraße. Dies betrifft beide Fahrtrichtungen und alle Fahrspuren. Für diese Baumaßnahme wird geprüft, ob Lärm mindernder Asphalt eingebaut werden kann. Die Kosten trägt die Bundesrepublik Deutschland. Die Termine für die Bauausführung stehen jedoch noch nicht fest.

---

**zu 4.4      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 4    04/2012)  
Vorlage: VO/1205/2012**

**Einige regelmäßige Nutzer/innen des Aquamars empfinden den Chlor-Gehalt des Wassers als sehr hoch. Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, wie sich der Chlorgehalt im Verhältnis zu anderen Schwimmbädern darstellt und nach welchen Kriterien über die Höhe entschieden wird?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Anforderungen an die Qualität des Wassers in Schwimmbecken ist in der DIN 19643 geregelt. Die hier vorgegebenen Chlorwerte sind verbindlich und müssen in allen öffentlich zugänglichen Bädern - also auch im AquaMar - eingehalten werden. Um sicher zu stellen, werden die Chlorwerte permanent elektronisch überwacht und zusätzlich täglich per Handmessung kontrolliert und dokumentiert. Zusätzlich werden in regelmäßigen Abständen Proben des Beckenwassers durch das örtliche Gesundheitsamt genommen.

---

**zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 5 04/2012)  
Vorlage: VO/1206/2012**

**Kann der Magistrat Auskunft erteilen, wie sich die Fahrgastzahlen des ÖPNV in Marburg in den vergangenen sechs Jahren entwickelt haben?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Entwicklung der Fahrgastzahlen in Marburg ist entsprechend der anhängenden Tabelle verlaufen.

<b>Jahr</b>	<b>Fahrgäste in Marburg</b>
2005	11.913.856
2006	11.670.146
2007	11.889.983
2008	12.154.290
2009	12.786.687
2010	12.639.163
2011	13.390.414

---

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 6 04/2012)  
Vorlage: VO/1207/2012**

**Kann der Magistrat Auskunft erteilen, wie sich der Modal Split in den vergangenen 6 Jahren entwickelt hat und auf welche konkreten Erkenntnisse sich diese Zahlen jeweils stützen?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In den vergangenen 6 Jahren ist kein gesamtstädtischer Modal Split erhoben worden. Die letzte gesamtstädtische Erhebung stammt aus dem Jahre 2001 und enthält für die Wege der Marburger (ohne Pendler) folgende Ergebnisse:

Wege der Marburger:	243.000 Wege pro Tag
davon zu Fuß	20,7 %
mit dem Rad	7,1 %
mit dem ÖPNV	17,2 %
mit dem motorisierten Individualverkehr	55,0 %

In der Stadtverordnetensitzung im März 2012 wurde über die Ergebnisse zu der Erhebung zum Verkehrsverhalten Studierender und Universitätsbeschäftigter aus dem Jahre 2011 informiert.

---

**zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 7 04/2012)  
Vorlage: VO/1251/2012**

**Kann der Magistrat Auskunft darüber erteilen, welche Erfahrungen mit solarer Straßenbeleuchtung gemacht wurden? Ist diese Technik eine gute Alternative? Und wie viel teurer ist eine Solar-Straßenlampe statt einer mit Natriumdampf?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Solarleuchte ist in unserer Region noch keine Alternative zur netzgebundenen Straßenbeleuchtung.

Die Erfahrung zeigt, dass mit der Energie von Sonnen- und Tageslicht in den Wintermonaten keine durchgängige Beleuchtung zu gewährleisten ist.

Bei den Kosten für eine Solarleuchte kann man einen Faktor von fünf im Vergleich zur Natriumdampfleuchte (ca. 600,00 €) ansetzen.

---

**zu 4.8**     **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 8 04/2012)**  
**Vorlage: VO/1218/2012**

**Welche Standorte mit welcher Anzahl an Fahrradgaragen gibt es in Marburg?**

**Wie ist die Auslastung dieser?**

**Wie sieht der weitere Bedarf aus?**

**Wie hoch sind die Kosten für eine Fahrradgarage?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Am Parkhaus Pilgrimstein gibt es zur Zeit 20 Kurzzeitboxen mit einem Kassenschloss (1,- € pro Tag) und 7 Langzeitboxen mit Schlüssel, vorgesehen zur Vermietung mit einer Dauer von mind. 1 Monat.

Die Kurzzeitboxen werden durchschnittlich von 70 Personen im Monat genutzt. Die Langzeitboxen haben eine durchschnittliche Ausnutzung von ~ 75 % im Jahr. Bedarf für weitere Boxen gäbe es z. B. am Hauptbahnhof und am Südbahnhof, allerdings fehlt es dort an geeigneten Flächen zur Aufstellung der Boxen.

Die Kosten für 1 Box belaufen sich auf ~ 1000,- €.

---

**zu 4.9**     **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 9 04/2012)**  
**Vorlage: VO/1243/2012**

**Zum 1. Juni 2012 tritt das novellierte Kreislaufwirtschaftsgesetz in Kraft. Zukünftig sind demnach „gewerbliche Sammlungen“, insbesondere werthaltiger Abfälle, unter bestimmten Voraussetzungen erleichtert. Welche Maßnahmen unternimmt der Magistrat, um die öffentliche Wirtschaftstätigkeit als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge in diesem Bereich zu gewährleisten?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Am 19.04. informierte der kreiseigene Betrieb Abfallwirtschaft Lahn Fulda (ALF) die kreisangehörigen Kommunen über die Auswirkungen der Änderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

ALF sieht derzeit keinen akuten Handlungsbedarf. Zwar sind künftig gewerbliche wie caritative Sammlungen von Wertstoffen zulässig, aber die kommunalen Sammlungen sind privilegiert, wenn die Kommunen ein haushaltsnahes Erfassungssystem vorsehen.

Für die Stadt Marburg bedeutet dies: für Restabfall, Altpapier und Biotonne besteht ein flächendeckendes Sammelsystem - die Änderung des Gesetzes hat für die Stadt Marburg damit sogar eher eine Schutzwirkung, da die parallele gewerbliche oder caritative Sammlung von Altpapier ausgeschlossen wird!

Für die künftige Wertstoffsammlung der Leichtfraktion (Kunststoffe, Verpackungen) muss noch das Gesetzgebungsverfahren für das „Wertstoffgesetz“ abgewartet werden. Ab 2015 sollen Wertstoffe mittels der Wertstofftonne eingesammelt werden können. Wir werden das Gesetzgebungsverfahren sowie die Entwicklungen in anderen Kommunen beobachten und zur gegebenen Zeit die Einführung einer Wertstofftonne für Marburg prüfen.

---

**zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 10 04/2012)  
Vorlage: VO/1208/2012**

**Liegen dem Magistrat Kenntnisse über die bestandenen Schwimmbabzeichen in Bronze, Silber und Gold, welche durch Marburger Schüler/innen erzielt wurde, vor? Gibt es die Möglichkeit, Schwimmbabzeichen im Rahmen des Frauenschwimmens zu erwerben?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Dem Fachdienst 74 liegen keine Daten zum Umfang der abgelegten Schwimmbabzeichen in Bronze, Silber und Gold der Schülerinnen und Schüler der Marburger Schulen vor. Die Abnahme der Leistungen für die Abzeichen wird in der Regel von den Schulen in Eigenregie organisiert. Nur vereinzelt werden diese Schwimmbabzeichen vom Personal des FD 74 abgenommen, die nicht statistisch erfasst werden.

Beim Internationalen Frauenschwimmen kann aufgrund der Ausstattung des Bades (keine Sprungmöglichkeit, kein Tiefbecken) nur das Schwimmbabzeichen in Bronze abgenommen werden. Die Frauen, die dies tun möchten, können sich an die Schwimmmeisterin vor Ort wenden, die das Sportabzeichen abnehmen kann.

Zusatzfrage der Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

**zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 11 04/2012)  
Vorlage: VO/1209/2012**

**In Ergänzung zur Großen Anfrage der Linken vom Oktober 2011 wird der Magistrat um Auskunft darüber gebeten, wie viel Prozent der 2011 zur Verfügung stehenden Mittel für Marburg bzw. für den Kreis im Rahmen des Bildungspakets ausgegeben wurden und was mit den übriggebliebenen Mitteln für 2011 geschehen ist.**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Auf Nachfrage teilte das KreisJobCenter mit, dass keine Aufteilung bzw. Differenzierung über die Verwendung der Gesamtmittel des Bildungs- und Teilhabepakets nach Leistungsberechtigten aus der Universitätsstadt Marburg bzw. Leistungsberechtigten aus dem Kreisgebiet vorgenommen wird, so dass prozentuale Anteile nicht auswertbar sind.

Es trifft zu, dass in 2011 aufgrund einer Anlaufphase für diese Leistungen nicht alle Mittel verbraucht worden sind, jedoch wird für das Jahr 2012 mit deutlich höheren Kosten kalkuliert.

Eine Differenzierung der Ausgaben nach Stadt und Landkreis wird als nicht sachgerecht erachtet, da u. a. hinsichtlich der Übergangsphase der Mittagsversorgung über die Stadtpassberechtigung eine übereinstimmende Lösung verabredet worden ist, mit der auch finanziellen Belastungen der Stadt entgegengewirkt werden konnte.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch die Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

**zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Sollwedel (Nr. 12 04/2012)  
Vorlage: VO/1244/2012**

**Die Oberstadt ist - mit Ausnahmen in den Vormittagsstunden - eine Fußgängerzone.**

**Berichten von Laden-Inhabern zufolge werden die bestehenden Regeln jedoch nicht effektiv durchgesetzt. Ein möglichst geringer PKW-Verkehr erhöht jedoch die Attraktivität der Oberstadt auch im wirtschaftlichen Sinne.**

**Kann der Magistrat Auskunft darüber geben, wie oft in der Woche (im Monat) die Einhaltung des bestehenden „Durchfahrverbotes“ für PKWs in der Oberstadt überwacht wird? Welche sonstigen Maßnahmen könnte der Magistrat ergreifen, um dem Ziel einer möglichst autofreien fußgängerfreundlichen Oberstadt näher zu kommen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Fußgängerzone in der Oberstadt umfasst die Straßen Neustadt und Wettergasse. Dort ist nur vormittags Lieferverkehr möglich.



Für diesen Bereich bestehen keine Dauerausnahmegenehmigungen zum Befahren während der Sperrzeit. Für Baumaßnahmen, Umzüge und ähnliche Maßnahmen werden zeitlich befristete Genehmigungen zum Befahren und Parken in der Fußgängerzone erteilt.

In dem Straßenzug Reitgasse, Markgasse, Markt und Barfüßerstraße ist die Durchfahrt durch ein Verbot für Kraftfahrzeuge täglich von 11.00 (samstags 10.00 Uhr) bis 18.00 Uhr und von 20.00 bis 06.00 Uhr gesperrt. Nach der städtischen Satzung über die Zulässigkeit des Fahrverkehrs in diesem Bereich erhalten Fahrzeughalter mit erstem Wohnsitz und die Inhaber der dortigen Geschäfte Oberstadtplaketten, die ein Befahren auch während der Sperrzeit gestatten.

Darüber hinaus werden je nach Bedarf Dauer- oder Einzelgenehmigungen zum Befahren und auch teilweise zum Parken erteilt, wenn dafür ein unabweisbares Bedürfnis nachgewiesen wird.

Ab dem Jahr 2012 werden bei dem Nachweis der Dringlichkeit nochmals strenger Anforderungen zugrunde gelegt und die Erteilung der Genehmigungen wird restriktiver gehandhabt. Dadurch konnte erreicht werden, dass ca. 1/3 weniger Oberstadtplaketten ausgestellt worden sind.

Im Jahr 2011 wurden durch die Verkehrsüberwachung 31, im Jahr 2012 bis heute 6 Durchfahrkontrollen durchgeführt. Um zu erreichen, dass möglichst wenige Fahrzeuge die Oberstadt befahren, werden künftig verstärkt Kontrollen erfolgen. Neben den gezielten Durchfahrkontrollen werden durch die Präsenz der Ordnungspolizeibeamten der Oberstadtwaache im Rahmen der Streifengänge ständig durchfahrende Fahrzeuge überprüft.

---

**zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Sollwedel (Nr. 13 04/2012)  
Vorlage: VO/1210/2012**

**Wie beurteilt der Magistrat die Verwendung des Stadtwappens durch die Marburger Burschenschaft Rheinfranken im Online-Netzwerk Facebook? Welche Möglichkeiten hat er, die Verwendung des Wappens für derartige Zwecke zu unterbinden?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das offizielle Marburg-Logo ist Teil des Marketing-Konzepts der Universitätsstadt Marburg. Das Logo in seiner Gesamtheit, aber auch in Einzelteilen wie beispielsweise das modifizierte Wappen oder das künstlerisch gestaltete „A“ darf nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Universitätsstadt Marburg durch Dritte verwendet werden. Vor der Weitergabe an Dritte wird geprüft, inwieweit die Nutzung des Logos im Interesse der Universitätsstadt Marburg steht. Des Weiteren wird bei einer Weitergabe an Dritte das Corporate Design Handbuch mitgeschickt, welches einen strengen Maßstab für die Verwendung anlegt.

Das originäre Stadtwappen ist neben dem Stadtnamen Ausdruck der Eigenständigkeit und der Hoheitsgewalt der Universitätsstadt Marburg.

Es ist ein Mittel der kommunalen Selbstdarstellung, stärkt die Identifikation mit der Stadt und gibt zugleich Dritten die Möglichkeit, ihre Zugehörigkeit zur Universitätsstadt Marburg und ihre Verbundenheit mit ihr zu demonstrieren. Die Verwendung des Stadtwappens ist nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig, da es einem besonderen Schutz unterliegt (§ 14 HGO i. V. m. § 12 BGB) und nur in politisch neutralem Zusammenhang verwendet werden darf. Andernfalls kann der Eindruck erweckt werden, dass mit dem Stadtwappen verbundene Mitteilungen als Mitteilung der Universitätsstadt Marburg zu verstehen sind. Das gilt auch für die Verwendung von unterschiedlichen Ausprägungen des Wappens.

Das in der Einladung zum Marburger Marktfrühschoppen im Online-Netzwerk Facebook von der Marburger Burschenschaft Rheinfranken verwendete Stadtwappen vermittelt den irreführenden und falschen Eindruck, es handele sich um eine Veranstaltung der Universitätsstadt Marburg. Ein Rechtsanspruch auf Unterlassung der Verwendung des Stadtwappens durch Dritte ist immer dann gegeben, wenn die Universitätsstadt Marburg die Beseitigung der bestehenden Beeinträchtigung und das Unterlassen weiterer Beeinträchtigungen verlangen kann. Dies ist im Fall der Burschenschaft Rheinfranken möglich, da durch die Verwendung des Stadtwappens im Online-Netzwerk Facebook das Interesse der Universitätsstadt Marburg, der dieses Stadtwappen zugerechnet wird, verletzt ist.

Die Burschenschaft Rheinfranken wurde bereits aufgefordert, das Stadtwappen im Online-Netzwerk Facebook umgehend zu entfernen. Gleichzeitig wurde eine Unterlassungsverpflichtungserklärung von der Burschenschaft Rheinfranken eingefordert, um der Gefahr von zukünftigen Wiederholungen vorzubeugen.

Ergänzung:

Die Unterlassungsverpflichtungserklärung hinsichtlich der unberechtigten Verwendung des Wappens der Universitätsstadt Marburg wurde von der Burschenschaft Rheinfranken unterschrieben und ist am 26. April 2012 bei der Stadtverwaltung Marburg eingegangen. Die Burschenschaft Rheinfranken hat das Stadtwappen in ihrer Einladung zum Marburger Marktfrühschoppen im Online-Netzwerk Facebook entfernt.

---

**zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 14 04/2012)**

**Vorlage: VO/1245/2012**

**Bislang fehlt an der Bushaltestelle „Am Krekel“, aus Richtung Innenstadt kommend, eine Querungshilfe, um das auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindliche „Vita Fitness“ und „Reha Fit“-Gelände gefahrlos zu erreichen. Besteht die Möglichkeit, dort zeitnah eine Querungshilfe einzurichten, um so gerade älteren und mobilitätseingeschränkten Nutzerinnen und Nutzern die Querung der Straße zu erleichtern?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Einrichtung einer Querungshilfe wurde im Rahmen der großen Verkehrsschau 2011 u. a. unter Beteiligung von Vertretern des Regierungspräsidiums Gießen und der Polizei vor Ort erörtert.

Die in den entsprechenden Richtlinien geforderten Voraussetzungen für die Anlage eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) oder einer signalgeregelten Fußgängerschutzanlage sind bei der in diesem Bereich der Straße Am Krekel vorhandenen Anzahl an Fahrzeugen und querenden Fußgängern bei weitem nicht erfüllt. Nach diesen Richtlinien sollen Zebrastreifen bei mindestens 50 Fußgängern und gleichzeitig 300 Fahrzeugen in der Spitzenstunde angelegt werden, da bei geringeren Zahlen eine Sicherheit für die Fußgänger suggeriert wird, die aber tatsächlich nicht vorhanden ist.

Die zeitnahe Einrichtung einer Querungshilfe ist daher nicht möglich. Zusammen mit der Blindenstudienanstalt wird bei einem Ortstermin geprüft, ob und ggf. durch welche Maßnahmen eine Verbesserung der Querungssituation erreicht werden kann.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Sawalies (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Sascha Klee (Nr. 15 04/2012)  
Vorlage: VO/1211/2012**

**Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, das am Rudolphsplatz gelegene BIP, welches von Stadt und Kreis als Vorzeigeobjekt bezeichnet wird, zusätzlich zur außen am Gebäude weithin sichtbar angebrachten Abkürzung BIP, mit einem Hinweis auf den Tätigkeitsbereich zu versehen?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Hinsichtlich der eindeutigeren Erkennbarkeit der Arbeitsfelder der im BIP verorteten Träger gibt es verschiedene Vorstellungen, da die Beschwerden aus der Bevölkerung wegen der schlechten Auffindbarkeit von Anfang an bestanden und auch noch weiter bestehen.

Verwaltungsintern wurden schon verschiedene Möglichkeiten geprüft und zum Teil auch umgesetzt (z.B. Aufstellen eines Schaukastens und Bestückung mit Informationsmaterialien, Beschilderung an unterschiedlichen Gebäudeteilen, Steigerung des Bekanntheitsgrades des Hauses durch wechselnde, für die Öffentlichkeit allgemein zugängliche Ausstellungen usw.). Allerdings reduzierten diese Maßnahmen das Problem nur, behoben es aber nicht.

Weitere Verbesserungsvorschläge sind derzeit in der Diskussion (z.B. Beschriftung des Dachsockels). Ob und wenn ja, welche davon umgesetzt werden können, ist im Augenblick allerdings noch völlig offen.

---

**zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Stephan Muth (Nr. 16 04/2012)  
Vorlage: VO/1212/2012**

**Die Verwaltung der Universitätsstadt Marburg ist in verschiedene**

**Fachbereiche und Fachdienste und den Dienstleistungsbetrieb unterteilt, wobei sich die Mitarbeiterstruktur von den Leitungsfunktionen über den mittleren Dienst bis zu Auszubildenden und Praktikanten darstellt. Wie viele dieser Mitarbeiter sind jeweils weiblichen oder männlichen Geschlechts?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadtverwaltung Marburg beschäftigt mit Stand vom 17. April 2012 insgesamt 1.196 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Frauenanteil liegt mit 789 Mitarbeiterinnen bei 66,0 %, der Männeranteil mit 407 Mitarbeitern bei 34,0 %.

Zu den Führungskräften zählen alle leitenden Positionen innerhalb der Fachbereiche, Fachdienste, Stabsstellen, Referate und Kinderbetreuungseinrichtungen. Von den derzeit 52 Führungskräften sind 25 Personen (48,1 %) weiblich und 27 Personen (51,9 %) männlich. Die Leitungen der Kinderbetreuungseinrichtungen sind alle weiblich. Im Bereich der Ausbildung beschäftigt die Universitätsstadt Marburg 52 Auszubildende in 14 unterschiedlichen Berufen. Davon sind 36 Auszubildende (69,2 %) weiblich und 16 Auszubildende (30,8 %) männlich.

In der Stadtverwaltung Marburg überwiegt der Frauenanteil insbesondere in den Kinderbetreuungseinrichtungen sowie im Bereich der Reinigung. Eine detaillierte Auswertung der Geschlechterverteilung nach Berufsgruppen bzw. nach Fachdiensten ist mit umfangreichen und zeitintensiven Erhebungen verbunden. Es wird dazu auf den Frauenförderplan der Stadtverwaltung Marburg für die Jahre 2009 bis 2014 verwiesen, dessen Grundlage eine Bestandsaufnahme und eine Analyse der Beschäftigtenstruktur ist und der u. a. die Geschlechterverteilung in einzelnen Bereichen aufzeigt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Sawalies (FDP), Severin (SPD) und Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) werden durch den Bürgermeister beantwortet.

**Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 17 bis Nr. 26 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.**

---

### **Erklärung des Stadtverordnetenvorstehers zur Situation der Kliniken UKGM**

Der Stadtverordnetenvorsteher spricht angesichts der neusten Pressemitteilungen zur vorgesehenen Übernahme der Rhönkliniken durch den Konzern Fresenius. Er erinnert an die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung in der März Sitzung unter TOP 19.4, 19.13 und 19.22. Diese Beschlüsse haben auch angesichts der neusten Entwicklung nichts an Bedeutung verloren und werden einvernehmlich bekräftigt.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, zum Thema eine kurze Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten pro Fraktion durchzuführen, um nochmals die Argumente auszutauschen. Die Reihenfolge der Sprecher/innen erfolgt nach der Größe der Fraktionen.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Rink, SPD, Stompfe, CDU, Dr. Perabo, B90/Die Grünen, Schalauske, Marburger Linke, Wüst, FDP, Dr. Uchtmann, MBL und Klee, Piratenpartei. Für den Magistrat nimmt der Oberbürgermeister Stellung.

Der Stadtverordnete Rink schlägt vor, eine zusätzliche Solidaritätserklärung für die Universität und deren Präsidentin vorzutragen.

U/m darüber ein Meinungsbild zu erhalten schlägt der Stadtverordnetenvorsteher vor, die Sitzung kurz für eine Zusammenkunft des Ältestenrates zu unterbrechen. Dem wird nicht widersprochen.

**Die Sitzung wird unterbrochen von 17.30 bis 17.50 Uhr. In der Pause tagt der Ältestenrat.**

Nach Fortsetzung der Stadtverordnetenversammlung informiert der Stadtverordnetenvorsteher, dass keine förmliche Resolution vereinbart wurde.

In der Tagesordnung wird wie vereinbart fortgefahren.

**zu 5      Bewerbung zur Anerkennung als UNESCO- Weltkulturerbe  
Vorlage: VO/1165/2012**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke), Sawalies (FDP), Dr. Uchtmann (MBL) und Sell (SPD). Für den Magistrat sprechen Oberbürgermeister Vaupel und Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Piraten Partei sowie Nein-Stimmen von MBL und BfM und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

**Die Universitätsstadt Marburg bewirbt sich um Anerkennung als UNESCO- Weltkulturerbe mit dem Konzept**

**„Marburg – die Universitätsstadt als kultureller Raum über 500 Jahre“.**

---

**zu 8      Dringlichkeitsanträge**

---

**zu 8.1    Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Schröcker Brunnen  
Vorlage: VO/1196/2012**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat möge Sorge tragen, dass am Schröcker Brunnen die Inschriftentafeln (Wappentafeln) nicht weiter verwittern. Er möge aus diesem Grund mit dem Besitzer des Brunnenensembles, der Verwaltung Staatliche Schlösser und Gärten in Hessen, Bad Homburg, Kontakt aufnehmen, damit die Inschriften restauriert werden.**

---

**zu 8.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Unterstützung Unterschriftensammlung „Gemeinsam für unser Klinikum“  
Vorlage: VO/1201/2012**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Unterschriftlisten (Petition) - gegen den Stellenabbau am Uniklinikum Gießen und Marburg und für bessere Personalmindeststandards in Kliniken - in allen städtischen Behörden (u.a. Stadtbüro, Rathaus) auszulegen.**

---

**zu 9 Anträge der Fraktionen**

---

**zu 9.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Situation Sportstätten insbesondere Hallen/ Sanierung Richtsberghalle  
Vorlage: VO/0952/2012**

Mit diesem Tagesordnungspunkt wird auch der

**TOP 9.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Neubauplanungen Sporthalle jetzt vorantreiben VO/1081/2012**

aufgerufen und beraten.

Zunächst erfolgen die Ausschussberichte:

TOP 9.1:

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Zu TOP 9.7:

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde beantragt.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke), Stötzel (CDU), Backes (SPD), Sawalies (FDP) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 18:30 Uhr bis 18:50 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung übernommen.

Es folgen die Abstimmungen:

Zu TOP 9.1:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Marburger Linken, CDU, FDP, MBL und BfM sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten-Partei folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Zu TOP 9.7:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, FDP, MBL, BfM und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten-Partei folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

---

**zu 9.2     Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr.  
Unterstützung der Initiative „Steuer gegen Armut“ durch die Stadt  
Marburg  
Vorlage: VO/0988/2012**

Für den Sozialausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Annahme der Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss ist die Fraktion Marburger Linke dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Sollwedel (Bündnis 90/Die Grünen), Sawalies (FDP), Schalauske (Marburger Linke), Stompfe (CDU), Rink (SPD), Schalauske (Marburger Linke), Sollwedel (Bündnis 90/Die Grünen),

Wüst (FDP) und Pfalz (CDU). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und einer Ja-Stimme aus der CDU-Fraktion sowie Nein-Stimmen der CDU, FDP, MBL und BfM und bei Enthaltung der Piraten-Partei folgenden Beschluss:

**Die Stadt Marburg unterstützt die Kampagne „Steuer gegen Armut“.**

**Das Marburger Stadtparlament unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut“) nach der Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen. Diese Einnahmen sollten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und in den Bildungsbereich verwandt werden.**

**Das Stadtparlament fordert den deutschen Städtetag auf, sich bei Bundestag und Bundesregierung dafür einzusetzen, die Steuer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu verwirklichen.**

---

**zu 9.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Parkplatzsituation in der Marburger Innenstadt  
Vorlage: VO/0993/2012**

Mit diesem Tagesordnungspunkt wird auch der **TOP 9.4 Antrag der Bürger für Marburg betr. Finanzierung einer Tiefgarage zwischen Biegenstraße und Pilgrimstein VO/1002/2012** und **TOP 9.10 Antrag der MBL-Fraktion betr. Erweiterung des Parkhauses Pilgrimstein VO/1123/2012** aufgerufen und beraten.

Zunächst folgen die Ausschussberichte:

Zu TOP 9.3:

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.



Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat über die Ziffern 1-3 und 4 getrennt abgestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung in Einzelabstimmung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde auch hier beantragt.

Zu TOP 9.4:

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages TOP 9.4.

Zu TOP 9.10:

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde beantragt.

Nach den Ausschussberichten eröffnet der Stadtverordnetenvorsteher die Aussprache. Es sprechen die Stadtverordneten Stompfe (CDU), Dehmel (SPD), Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Suntheim-Pichler (BfM), Dr. Uchtmann (MBL) und Wüst (FDP). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Während der Aussprache wurde aus dem Hause die Schließung der Rednerliste gewünscht. Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, so zu verfahren.

Es folgen die Abstimmungen zu den Vorlagen:

Zu TOP 9.3:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU; FDP, MBL und BfM sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der Piraten-Partei folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Zu TOP 9.4:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU; FDP, MBL und BfM sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der Piraten-Partei folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Zu TOP 9.10:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU; FDP, MBL und BfM sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der Piraten-Partei folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

- zu 6 Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Bebauungsplan Nr. 26/7 Neubaugebiet Michelbach-Nord, 2.Änderung**
- **Bericht über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen**
  - **Satzungsbeschluss**
  - **Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans**
- Vorlage: VO/1086/2012**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:**
  - a) Die unter den Nummern 2 und 3 angeführten Stellungnahmen werden berücksichtigt.
  - b) Die unter der Nummer 1 angeführten Anregungen werden teilweise berücksichtigt.
  - c) Die unter den Nummern 4 und 5 angeführten Anregungen werden nicht berücksichtigt.

**Die Grundzüge der Planung werden hiervon nicht berührt.**

- 2. Der Bebauungsplan Nr. 26/7, 2. Änderung „Neubaugebiet Michelbach Nord“ einschließlich Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.**
- 3. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 26/7, 2. Änderung „Neubaugebiet Michelbach Nord“ werden als Gestaltungssatzung gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) beschlossen.**

**zu 7      Übernahme einer Bürgschaft für die Stadtwerke Marburg GmbH in Höhe von 4 Mio. € zur Finanzierung der Gasnetz-Erweiterung  
Vorlage: VO/1170/2012**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Universitätsstadt Marburg übernimmt gemäß § 104 HGO i. V. mit § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Stadtwerke Marburg GmbH von 4 Mio. € bei der Volksbank Mittelhessen e. G..**

**Für die Bürgschaft hat die Stadtwerke Marburg GmbH eine Bürgschaftsprovision von 0,5 % des jeweils verbürgten Restbetrages zu leisten.**

**Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Gießen.**

---

**zu 9.4      Antrag der Bürger für Marburg betr. Finanzierung einer Tiefgarage zwischen Biegenstraße und Pilgrimstein  
Vorlage: VO/1002/2012**

Die Vorlage wurde zusammen mit TOP 9.3 und TOP 9.10 aufgerufen und beraten.

---

**zu 9.5      Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Beitritt Kampagne Vermögensteuer jetzt!  
Vorlage: VO/1044/2012**

Die Fraktion Marburger Linke beantragt die Vertagung bis zur Mai-Sitzung.

---

**zu 9.6      Antrag der MBL-Fraktion betrifft: Gesamtkonzept Schloss  
Vorlage: VO/1054/2012**

Die MBL-Fraktion beantragt die Vertagung dieser Vorlage bis zur Mai-Sitzung.

---

**zu 9.7      Antrag der CDU-Fraktion betr. Neubauplanungen Sporthalle jetzt vorantreiben  
Vorlage: VO/1081/2012**

Die Vorlage wurde zusammen mit TOP 9.1 aufgerufen und beraten.

---

**zu 9.8     Antrag der Marburger Linke-Fraktion betr. Kostenlose Nutzung der Sanitäranlagen im Bahnhof  
Vorlage: VO/1103/2012**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss wurde von der antragstellenden Fraktion in der Ziffer 2 des Beschlusstextes das Wort „rechtlichen“ gestrichen.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt somit die Zustimmung zu dem geänderten Beschlusstext.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Bau- und Planungsausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser geänderten Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von CDU und FDP mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, auf die Deutsche Bahn einzuwirken, eine unentgeltliche Toilettennutzung im Bahnhofsgebäude zu ermöglichen. Mindestens soll aber eine unentgeltliche Nutzung für die Besucher\_innen der dortigen Gastronomie realisiert werden.**
- 2. Der Magistrat wird gebeten darzulegen, welche Möglichkeiten die Stadt Marburg hat, die Gastronomiebetriebe zu verpflichten, entsprechende Sanitäranlagen bereitzustellen.**

---

**zu 9.9     Antrag der MBL-Fraktion betr. Einführung eines Compliance Management Systems in der Stadtverwaltung Marburg  
Vorlage: VO/1122/2012**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Anschließend erklärt die antragstellende Fraktion Marburger Bürgerliste den Antrag für erledigt, da der geforderte Bericht des Magistrats bereits ausliegt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

**zu 9.10 Antrag der MBL-Fraktion betr. Erweiterung Parkhauses Pilgrimstein  
Vorlage: VO/1123/2012**

Die Vorlage wurde zusammen mit TOP 9.3 und TOP 9.10 aufgerufen und beraten.

---

**zu 9.11 Antrag der MBL-Fraktion betr. Stellungnahme des  
Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg zu  
Presseberichten über Spenden an die Marburger SPD und einen  
möglichen Zusammenhang mit dem Wahlkampf der Partei und des  
Oberbürgermeisters  
Vorlage: VO/1124/2012**

Die antragstellende Fraktion wünscht die Vertagung des Antrages bis zur Mai-Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 9.12 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr.  
Bezahlung von Verhütungsmitteln  
Vorlage: VO/1126/2012**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten einen Verhütungsfonds einzurichten, aus dem alle Marburger Bürgerinnen und Bürger, die die Kriterien für einen Stadtpass erfüllen, einen Zuschuss zu den Kosten für rezeptpflichtige Verhütungsmittel bzw. für eine erforderliche Sterilisation bekommen. Dazu wird für jede Verhütungsmethode eine Kostenobergrenze festgelegt, die sich an den durchschnittlichen Kosten für das jeweilige Verhütungsmittel orientiert.**

**Die Verwaltung des Verhütungsfonds wird pro familia Marburg übergeben. Nach Vorlage des Stadtpasses in der pro familia-Beratung wird das ärztliche Rezept freigestempelt und kann danach in jeder Marburger Apotheke eingelöst werden. Bei ärztlichen Maßnahmen wie beispielsweise das Einsetzen der Spirale erhalten die Frauen eine Kostenzusicherung von pro familia. pro familia rechnet monatlich mit Apotheken und Ärzten /Ärztinnen ab.**

---

**zu 9.13 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Bericht zum Stand der Inklusion an Marburger Schulen und Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: VO/1158/2012**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antragstext ist im Schul- und Kulturausschuss um einen weiteren Punkt ergänzt worden. Eingefügt wurde die Ziffer 4.:

**4. zu berichten, welche Veränderungen die Maßnahmen in der Personalausstattung mit sich brachten und welche die geplanten Maßnahmen erfordern würden**

In dieser ergänzten Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die ergänzte Antragsfassung abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten,**

- 1. eine Bestandsaufnahme aller Marburger Kinder mit Förderstatus (wie im Schulgesetz definiert bzw den entsprechenden Förderrichtlinien festgelegt) vorzulegen, mit Angaben darüber, wo sie beschult werden bzw. in welchen Kindertageseinrichtungen sie betreut werden,**
  - 2. zu berichten, welche Maßnahmen zur Inklusion an Marburger Schulen und Kindertageseinrichtungen in den letzten beiden Jahren stattgefunden haben,**
  - 3. zu berichten, welche Maßnahmen zur Inklusion im Rahmen des neuen Schulentwicklungsplans (zunächst für den Grundschulbereich und die entsprechenden Förderschulstufen) und im Rahmen der Jugendhilfeplanung vorgesehen sind und ob es noch weiterhin Sondereinrichtungen geben soll,**
  - 4. zu berichten, welche Veränderungen die Maßnahmen in der Personalausstattung mit sich brachten und welche die geplanten Maßnahmen erfordern würden**
  - 5. und die weitere Entwicklung regelmäßig (in den zuständigen Ausschüssen) zu dokumentieren.**
-

**zu 9.14 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
betr. Barrierefreiheit Cafe Trauma  
Vorlage: VO/1164/2012**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Auch der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Möglichkeit einer Außenrampe unter Berücksichtigung der üblichen Wegebeziehungen zu eruieren und Vorschläge mit den zu erwartenden Kosten vorzulegen. Die Geschäftsführung des Cafe Trauma und der Behindertenbeirat sind dabei zu beteiligen.**

---

**zu 9.15 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Verbesserung der  
Buslinienführung am Richtsberg  
Vorlage: VO/1166/2012**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag wurde ausführlich beraten und wie folgt verändert:

Der Absatz 1 der Vorlage wird wie folgt ergänzt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtwerke Marburg werden aufgefordert, die von der Stadtwerke Consult erarbeitete und vom Ortsbeirat Richtsberg einstimmig befürwortete / beschlossene Variante zur Erweiterung der Linienführung der Buslinie 6 nach den Sommerferien zu prüfen und über Kosten und Umsetzungsmöglichkeiten zu berichten.“

Der Absatz 2 wird gestrichen.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die veränderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtwerke Marburg werden aufgefordert, die von der Stadtwerke Consult erarbeitete und vom Ortsbeirat Richtsberg einstimmig befürwortete / beschlossene Variante zur Erweiterung der Linienführung der Buslinie 6 nach den Sommerferien zu prüfen und über Kosten und Umsetzungsmöglichkeiten zu berichten.**

---

**zu 9.16 Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Verkürzung der Erzieher/-innen-Ausbildung  
Vorlage: VO/1167/2012**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Die CDU-Fraktion hat im Schul- und Kulturausschuss beantragt, den Antragstext wie folgt abzuändern:

„Der Magistrat wird beauftragt, sich bei Sozialminister Steffen Grüttner und Kultusministerin Dorothea Henzler dafür einzusetzen, dass die vom Sozialminister geplante Verkürzung der Erzieher/-innen-Ausbildung nicht zu einer Beeinträchtigung der Qualität der Ausbildung führt!“

Diese Änderung wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Zur ursprünglichen Antragsfassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken gegen die Stimmen von CDU, FDP, BfM, MBL und Piraten-Partei folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, sich bei Sozialminister Stefan Grüttner und Kultusministerin Dorothea Henzler dafür einzusetzen, dass die vom Sozialminister geplante Verkürzung der Erzieher/-innen-Ausbildung nicht umgesetzt wird.**

---

**zu 10 Kennntnisnahmen**

---

**zu 10.1 Jahresabschluss 2011  
hier: Bildung von Haushaltsausgaberesten  
Vorlage: VO/1174/2012**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.



**zu 10.2 Bericht über die Arbeit des Markt- und Aktionskreises Marburg - MAK  
Vorlage: VO/1116/2012**

Diese Kenntnisnahme ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt die Aussprache zu dieser Vorlage und die Vertagung bis zur Mai-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt somit die Zurückstellung der Vorlage mit dem Hinweis, dass über die nachträgliche Beantragung der Aussprache und demzufolge die Vertagung im Ältestenrat gesprochen werden soll.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**zu 10.3 Bericht über die Aktivitäten der Stadt angesichts steigender  
Studierendenzahlen  
Vorlage: VO/1117/2012**

Zu dieser Kenntnisnahme ist im Haupt- und Finanzausschuss von der Fraktion Marburger Linke die Aussprache angemeldet worden. Nunmehr wird die Vertagung bis zur Mai-Sitzung gewünscht.

Die Vorlage wird zurückgestellt bis zur Mai-Sitzung um sodann die Aussprache durchführen zu können.

---

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **21.31 Uhr**.

**Löwer**  
Stadtverordnetenvorsteher

**Rink**  
Vorsitzender  
der SPD-Fraktion

**Stompfe**  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

**Wagner**  
Protokoll und  
Geschäftsstelle

**Anlagen**

- Dringliche Anträge
- Schriftliche Beantwortungen von kleinen Anfragen



<b>Antrag der CDU-Fraktion</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b>	<b>VO/1196/2012</b>	<b>TOP</b>
	<b>Status:</b>	<b>öffentlich</b>	
	<b>Datum:</b>	<b>24.04.2012</b>	
	<b>Eingang:</b>	<b>24.04.2012</b>	
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b>Beratende Gremien:</b>	<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>		

### **Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Schröcker Brunnen**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Der Magistrat möge Sorge tragen, dass am Schröcker Brunnen die Inschriftentafeln (Wappentafeln) nicht weiter verwittern. Er möge aus diesem Grund mit dem Besitzer des Brunnenensembles, der Verwaltung Staatliche Schlösser und Gärten in Hessen, Bad Homburg, Kontakt aufnehmen, damit die Inschriften restauriert werden.**

#### Begründung:

In den vergangenen Jahren verwitterten die Inschriftentafeln am Schröcker Brunnen sichtbar. Vor drei Jahren konnten die Inschriftentafeln noch gelesen werden. In diesem Jahr sind sie zusehends unleserlicher geworden. Bevor diese Wappentafeln total verwittern, sollten sie durch Restaurierung erhalten bleiben und vor weiterer Verwitterung geschützt werden.

Die Vorarbeiten für eine neu anzulegende Gartenanlage am Schröcker Brunnen haben bereits begonnen. Durch eine neue Sichtschneise von der Straße zum Brunnen, ist der Brunnen der Witterung unmittelbar ausgesetzt, so dass ein rapider Verfall der wertvollen Tafeln festzustellen ist. Es wäre sinnvoll, die Restaurierung der Wappentafeln noch vor der Fertigstellung der Gartenanlage durchzuführen, damit spätere Restaurierungsarbeiten die neu angelegte Gartenanlage nicht beschädigen. Daraus ergibt sich auch die Dringlichkeit des Antrages.

Dieses einmalige Brunnenensemble aus dem Jahre 1596 sollte aus geschichtlichen Gründen im Original der Nachwelt erhalten bleiben.

**Anni Röhrkohl**

**Manfred Jannasch**



<b>Antrag der Fraktion Marburger Linke</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b>	<b>VO/1201/2012</b>	<b>TOP</b>
	<b>Status:</b>	<b>öffentlich</b>	
	<b>Datum:</b>	<b>25.04.2012</b>	
	<b>Eingang:</b>	<b>25.04.2012</b>	
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b>Beratende Gremien:</b>	<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>		

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr.  
Unterstützung Unterschriftensammlung "Gemeinsam für unser  
Klinikum"**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

**Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,**

**die Unterschriftlisten (Petition) - gegen den Stellenabbau am Uniklinikum  
Gießen und Marburg und für bessere Personalmindeststandards in Kliniken - in  
allen städtischen Behörden (u.a. Stadtbüro, Rathaus) auszulegen.**

**Begründung**

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich auf ihrer Sitzung am 30. März 2012 einstimmig dafür ausgesprochen, den Magistrat aufzufordern, sich gegen den geplanten Stellenabbau am Klinikum zu wenden und sich u.a. bei der Landesregierung für Personalmindeststandards einzusetzen.

Diese Ziele werden auch von dem Bündnis „Gemeinsam für unser Klinikum“ geteilt. Auf Initiative einer engagierten Bürgerin, Helga Scherer, haben sich Bürger, Beschäftigte, Ärzte, Gewerkschaftsvertreter und Politiker fast aller Parteien und die Betriebsräte beider Standorte zu diesen Bündnis zusammengeschlossen.

Mittlerweile sind bei der Unterschriftensammlung schon über 15.000 Unterschriften zusammengekommen. Durch eine öffentlichkeitswirksame und praktische Unterstützung der Sammlung könnte die Zahl der Unterzeichner/innen weiter deutlich erhöht und damit der außerparlamentarische Druck für die Ziele der Stadtverordnetenversammlung und des Bündnisses, den geplanten Stellenabbau am UKGM zu verhindern, weiter gestärkt werden.

**Henning Köster  
Halise Adsan  
Tanja Bauder Wöhr  
Jan Schalauske**

**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**  
- 09 -

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete  
Anni Röhrkohl  
Am Schlag 5a

**35037 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 17

**Nach welchen Kriterien werden Druck-/Layoutaufträge von Flyern, Heften,  
Karten etc. durch die Stadt Marburg vergeben?**

Sehr geehrte Frau Röhrkohl,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Layoutgestaltung für Broschüren, Flyer, etc. soweit wie möglich in den Fachdiensten mit entsprechenden Fachprogrammen erfolgt (z. B. Word, InDesign, Corel Draw).

Der Druck von Flyern, Heften, Karten, Broschüren, etc. erfolgt soweit es möglich ist, in unserer eigenen Hausdruckerei.

Nur wenn die Layoutgestaltung und/oder der Druck aus personellen, technischen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, erfolgt die Vergabe an externe Stellen.

Die Vergabe von Druck- und Layoutprodukten an externe Werbeagenturen/Grafikbüros oder Druckereien liegt in der Zuständigkeit der jeweiligen Fachdienste. Hierbei sind folgende Kriterien zu beachten:

#### **1. AGA der Stadt Marburg**

Die AGA der Stadt Marburg gibt vor, in welcher Form Liefer- und Dienstleistungen zu vergeben sind. In der Regel fallen die hier angesprochenen Vergaben bei Druck- bzw. Layoutprodukten in den Bereich der Freihändigen Vergabe – Ziffer 2.3.1 ff. der AGA, so dass die Fachdienste die Beauftragung selbst durchführen.

Auszug aus der AGA: „Bei Vergaben unter einem Wert von 20.000 EUR bei Liefer- und Dienstleistungen je Auftrag und von unter 50.000 EUR bei Bauleistungen je Fachlos / Gewerk eines Bauvorhabens kann davon ausgegangen werden, dass sowohl die Öffentliche Ausschreibung als auch die Beschränkte Ausschreibung un- zweckmäßig ist (§ 3 Nr. 4 Buchst. p VOL/A, § 3 Nr. 4 VOB/A).

In diesen Fällen ist die Freihändige Vergabe zulässig und ausreichend, um im Verhandlungswege das wirtschaftlichste Angebot mit mehreren geeigneten Bewerbern zu entwickeln“.

Die hier beschriebene Regelung gilt sowohl für die Vergabe von Layoutaufträgen an Werbeagenturen bzw. Grafikbüros, als auch für die Vergabe von Druckaufträgen an Druckereien.

So sind bei Layoutaufträgen z. B. die unterschiedlichen Kompetenzen der jeweiligen Werbeagenturen/Grafikbüros zu berücksichtigen. Bei den Druckaufträgen werden von den Fachdiensten u. a. auch die Internetanbieter berücksichtigt, die zu extrem günstigen Preisen Printprodukte in sehr guter Qualität erstellen.

In Einzelfällen, wie z. B. für die Schriftenreihe "Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur" erfolgt jeweils eine beschränkte Ausschreibung an die Druckereien der Region, die qualitativ dafür geeignet sind.

## **2. FSC-Zertifizierung und Berücksichtigung von Umweltstandards**

In ihrer Sitzung vom 27.03.2009 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen: „Der Magistrat wird gebeten, künftig bei allen Veröffentlichungen des Magistrats in einem Impressum Hinweis die Art des verwendeten Papiers zu erläutern. Dies sollte auch bei den eigenen Unternehmen gelten.“

In den weiteren Ausführungen zu dem Beschluss wird erläutert, dass entweder Recyclingpapier oder entsprechend zertifiziertes Papier zu verwenden ist. Hier hat sich die FSC-Zertifizierung durchgesetzt, so dass bei den Produkten der Stadt Marburg darauf geachtet wird, dass beim gesamten Herstellungs- und Druckprozesse die FSC-Zertifizierung eingehalten wird (hierzu gehört auch die Zertifizierung der Druckerei).

Da bei hochwertigen Printprodukten nur in Ausnahmefällen auf Recyclingpapier zurück gegriffen wird, ist bei der Ausschreibung von Druckaufträgen an externe Stellen darauf zu achten, dass diese eine FSC-Zertifizierung besitzen.

Eine solche Zertifizierung besitzt zurzeit nur eine begrenzte Anzahl von Druckereien, so dass diese Aufträge auch nur an bestimmte Druckereien vergeben werden können.

## **3. Beauftragung heimischer Unternehmen**

Soweit die Beauftragung heimischer Unternehmen unter den vorgenannten Kriterien möglich ist, ist diese Art der Vergabe zu wählen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**  
- 09 -

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete  
Karin Schaffner  
Rentmeisterstraße 30

**35043 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 18

**Welche Behindertenverbände nehmen an den Gesprächen des "Runden  
Tisches" unter Leitung des Baudirektors, Herrn Jürgen Rausch, teil?**

Sehr geehrte Frau Schaffner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Vertreter der folgenden Behindertenverbände und Organisationen nehmen an den  
Besprechungen teil:

- Frühförderstelle für Sehgeschädigte
- Gehörlosen-Ortsbund Marburg
- fib. e.V.
- DVBS e. V.
- Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e. V.
- Sozialverband VdK
- Hessisches Netzwerk behinderter Frauen
- Blinden- und Sehbehindertenbund in Hessen e. V.
- Blista e. V.
- Cochlea Implantat Selbsthilfegruppe Mittelhessen
- Vertreter des Seniorenbeirates
- Vertreter der Blindenstudienanstalt

Darüber hinaus gibt es nichtorganisierte weitere Teilnehmer, die Interesse an der  
Mitarbeit in diesem Gremium bekundet haben. Es handelt sich um einen offenen Ge-  
sprächskreis, in dem nach dem Konsensprinzip ohne Abstimmung gearbeitet wird. In  
der Regel finden pro Jahr 2 Sitzungen zum Thema Verkehr und 2 Sitzungen zum  
Thema Hochbau statt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG  
- 09 -**

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten  
Manfred Jannasch  
Gutenbergstraße 15

**35037 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 19

**Wie hoch waren die Kosten der Pflege einschl. Reinigung der Lahnauen von  
der Konrad-Adenauer-Brücke bis zum Stronskysteg in 2011?**

Sehr geehrter Herr Jannasch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Für die Grünflächenpflege dieser Bereiche lag das Volumen entsprechend des Dauerauftrages 2011 bei 53.800 €.

Die Aufwendungen des DBM für die Reinigung der Lahnauen beliefen sich im Jahr 2011 für den Zeitraum April bis Oktober, in dem die kontinuierliche Reinigung an 6 Tagen die Woche stattfand, einschl. des City-Service-Anteils für die Praxis GmbH auf 65.100 €.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister



**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**  
- 09 -

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete  
Karin Schaffner  
Rentmeisterstraße 30

**35043 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 20

**Wie weit sind mittlerweile die Planungen betreffend Sanierung der Marburger Straße in Cappel?**

Sehr geehrte Frau Schaffner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zur Beauftragung der Ingenieurleistungen zur geplanten Umgestaltung der Marburger Straße im Stadtteil Cappel wurde ein zweistufiges Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Hierbei erwies sich das Ingenieurbüro Gringel als günstigster Bieter.

Mit dem Büro Gringel wurde bereits ein Abstimmungstermin durchgeführt, bei dem Einzelheiten zur Maßnahme sowie der weitere Ablauf besprochen wurden. In diesem Zuge wurde dem Büro die bereits durch den Fachdienst Tiefbau erstellte Vorplanung sowie ein Schreiben der Bürgerinitiative "Marburger Straße" übergeben.

Das Ingenieurbüro Gringel wird nun erforderliche zusätzliche Vermessungsarbeiten durchführen und sich intensiv mit der Planung der Maßnahme befassen. Eine Sanierung wird für die Jahre 2014/2015 angestrebt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**  
- 09 -

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten  
Joachim Brunnet  
Kaffweg 21

**35037 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 21

**Werden bei der Neugestaltung von Zwischenhausen auch die Bedürfnisse  
von behinderten Menschen berücksichtigt, mit welchen Verbänden wird ge-  
sprochen?**

Sehr geehrter Herr Brunnet,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Bedürfnisse von behinderten oder mobilitätseingeschränkten Menschen werden bei den Planungen zur Neugestaltung von Zwischenhausen berücksichtigt. Damit die Interessen der unterschiedlichen Nutzergruppen umfassend einfließen können, wird ein kompakter Beteiligungsprozess durchgeführt. Es finden insgesamt drei Veranstaltungen statt, um über das Vorhaben zu informieren, die verschiedenen Interessen und Bedarfe der Nutzergruppen zu klären und gemeinsam Lösungen für die Umgestaltung zu erarbeiten. Neben den Anwohnern und den Grundstückseigentümern werden die Mitglieder des Runden Tisches Behindertenbeirat sowie die Mitglieder des Radverkehrsbeirats zu den Veranstaltungen eingeladen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG  
- 09 -**

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten  
Wieland Stötzel  
Rollwiesenweg 2 a

**35039 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 22

**Kann der Burschenschaft Schröck kurzfristig ein Vereinsraum zur Verfügung gestellt werden?**

Sehr geehrter Herr Stötzel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die kurzfristige Überlassung von städtischen Räumlichkeiten ist derzeit nicht möglich.

Eine Bedarfsmeldung der Burschenschaft Schröck hat bislang in der Verwaltung nicht vorgelegen. Gegebenenfalls kann in Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat nach einer Klärung gesucht werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG  
- 09 -**

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten  
Ulrich Severin  
Ginseldorfer Weg 14 a

**35039 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 23

**Wie beurteilt der Magistrat die sogen. Instrumentenreform im SGB II in Bezug auf die Auswirkungen für die betroffenen Arbeitslosen sowie für die Marburger Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiativen?**

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ („Instrumentenreform“) ist erst am 01. April 2012 in Kraft getreten. Insofern können momentan noch keine Angaben zu den konkreten Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitslosen generell und auf die Marburger Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiativen im Speziellen gemacht werden. Grundsätzlich zeichnet sich das Gesetz dadurch aus, dass arbeitsmarktpolitische Instrumente zusammengefasst und Pflichtteilweise in Ermessensleistungen umgewandelt worden sind. Einigen durchaus sinnvollen Weiterentwicklungen (z.B. im Bereich der Jugendberufshilfe) stehen eine ganze Reihe von kritisch zu beurteilenden Inhalten gegenüber (z.B. die Negierung besonderer Förderbedarfe im SGB II, die Ausgestaltung der öffentlich geförderten Beschäftigung und das Festhalten an der bisherigen Praxis öffentlicher Ausschreibungen).

Unabhängig von diesem Gesetz hatte die Bundesregierung bereits im Juni 2010 ein Sparpaket für die Bereiche SGB II und SGB III beschlossen, dass insbesondere bei Langzeitarbeitslosen im SGB II jetzt schon zu deutlichen Rückgängen der Fördermöglichkeiten (z.B. bei Qualifizierungen und Arbeitsgelegenheiten) geführt hat.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG  
- 09 -**

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten  
Ulrich Severin  
Ginseldorfer Weg 14 a

**35039 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 24

**Wer ist zukünftig Eigentümer/in der Anneliese Pohl Allee und wer ist für die  
Verkehrssicherheit und die Bauunterhaltung der Straße zuständig?**

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zwischen der Deutschen Vermögensberatung AG und der Stadt Marburg wurde im Jahre 2010 ein Städtebaulicher Vertrag geschlossen, in welchem die Herstellung der später als Anneliese Pohl Allee benannten Straße durch die DVAG und die spätere Übernahme der endausgebauten Straße durch die Stadt Marburg geregelt ist.

Mit formal erklärter Übergabe übernimmt die Stadt Marburg die hergestellte Anlage in ihre Baulast und Verkehrssicherungspflicht. Die Übernahme durch die Stadt Marburg ist bisher noch nicht erfolgt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG  
- 09 -**

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete  
Johanna Seelig  
Lönsweg 13

**35043 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 25

**Wann wird der Absenkung des Bürgersteigs vor dem Haus Käte (Magde-  
burger Str. im Stadtteil Wehrda) entsprochen? (Im Seniorenbeirat im Herbst  
2010 beantragt.)**

Sehr geehrte Frau Seelig,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Um die Mobilität der Senioren vor dem Haus Käthe in Wehrda zu verbessern, werden die Bordsteine vor dem Gebäude Magdeburger Straße 10 in Abstimmung mit der Seniorenbetreuung Weißer Stein bis Juni 2012 rollstuhlgerecht abgesenkt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT  
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG  
- 09 -**

Marburg, 08.05.2012  
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18  
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten  
Henning Köster-Sollwedel  
Wilhelm Roser Straße 18

**35037 M A R B U R G**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
27.04.2012**

hier: Frage Nr. 26

**Weiß der Magistrat von Absichten des Landes Hessen, die historischen Klostergebäude, die über Jahrhunderte die einzigen eigenen Gebäude der Universität waren (Konzept Weltkulturerbeantrag), zu vermarkten sprich zu verkaufen – zuvörderst das Kugelkloster, wohlmöglich auch das Franziskaner- und Dominikanerkloster-, damit universitärer Nutzung zu entziehen und sähe er darin u. a. eine Gefährdung seines Konzepts?**

Sehr geehrter Herr Köster-Sollwedel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Veräußerung des ehemaligen Kugelklosters ist in den vergangenen Jahren gelegentlich erörtert worden. Die Liegenschaft soll an die Katholische Kirche, Diözese Fulda, verkauft werden. Von Veräußerungsabsichten bezüglich des ehemaligen Dominikanerklosters oder ehemaligen Franziskanerklosters ist dem Magistrat nichts bekannt. Im Zusammenhang mit den Campus-Planungen ist davon auszugehen, dass das ehemalige Franziskanerkloster Teilstandort des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts bleibt. Dass die sogenannte "Alte Universität" mit Aula veräußert und nicht durch die Philipps-Universität genutzt werden könnte, ist unvorstellbar.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister